

Von: Rosche, Carsten
Gesendet: Donnerstag, 10. August 2017 17:17
An: RegO1
Betreff: Nachfrage des BMUB bzgl. Veröffentlichung von GE im Internet
Anlagen: Ro./Ha VÖ von RefE / Verbändestellungnahmen der 18. LP, hier: Protest des DSB eines Verbandes gegen Vorgehen, Bitte an BMI um Stellungnahme ; 170807_Antwort an BMUB.docx

Bitte z.Vg. O1-15016/1#33
Rosche

Von: O1_
Gesendet: Montag, 7. August 2017 15:46
An: Rosche, Carsten; Schüssler, Jana
Betreff: WG: Nachfrage des BMUB bzgl. Veröffentlichung von GE im Internet

Im Auftrag
Jana Schüssler
Bundesministerium des Innern
Sachbearbeiterin im Referat O1
Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;
Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
Tel.: 030 18681-11919
E-Mail: O1@bmi.bund.de
E-Mail (persönlich): Jana.Schuessler@bmi.bund.de

Von: Bürger, Ernst
Gesendet: Montag, 7. August 2017 15:17
An: O1_
Cc: _StVitt_; _StEngelke_; Niesolowski, Manuela
Betreff: WG: Nachfrage des BMUB bzgl. Veröffentlichung von GE im Internet

O1.15016/1#33

Herrn SV ALn O m.d.B.u. Billigung (Bür. 7.8. einverstanden, Vorgehen und Inhalt wurden im Vorfeld von Herrn ALV i.V. mit Herrn StE abgesprochen)

über

Frau RLn O 1 / Jo. 07.08.17

Votum

Beantwortung der Frage des BMUB mit beigefügtem Antwortentwurf.

Sachverhalt

Im Rahmen der Umsetzung der Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen hat das BMUB die Verbände mit dem ressortübergreifend vereinbarten Musterschreiben über die geplante Veröffentlichung informiert.

Dabei hat ein Verband der Veröffentlichung von personenbezogenen Details widersprochen und dabei das Vorgehen infrage gestellt. Insbesondere sei bei der Veröffentlichung personenbezogener Daten eine Widerspruchsfrist nicht ausreichend. Es müssten vielmehr Einwilligungen eingeholt werden. Der Datenschutzbeauftragte des Verbands hat zudem die BfDI sowie den Berliner Landesdatenschutzbeauftragten informiert. BMUB bat das im Datenschutzrecht federführende BMI um Stellungnahme und ggf. Hinweise zum weiteren Vorgehen. Die E-Mail des BMUB ist zur Kenntnis beigefügt. BMWi hat vom selben Verband eine gleichlautende Einlassung erhalten.

Stellungnahme

Das Vorgehen zur Information der Verbände wurde in der Ressortabstimmung einstimmig beschlossen. BMI hat bereits frühzeitig deutlich gemacht, dass eine Einwilligung nach Bundesdatenschutzgesetz nicht notwendig erscheint. Es besteht daher kein Grund, das gewählte Verfahren nachträglich zu verändern. Referat V II 1 hat eine Begründung geliefert, die im beigefügten AE eingeflossen ist. BMUB sollte auf Basis des AE geantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

O1@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de